

Nur Verlierer?

Die Energiewende und die Stromkonzerne

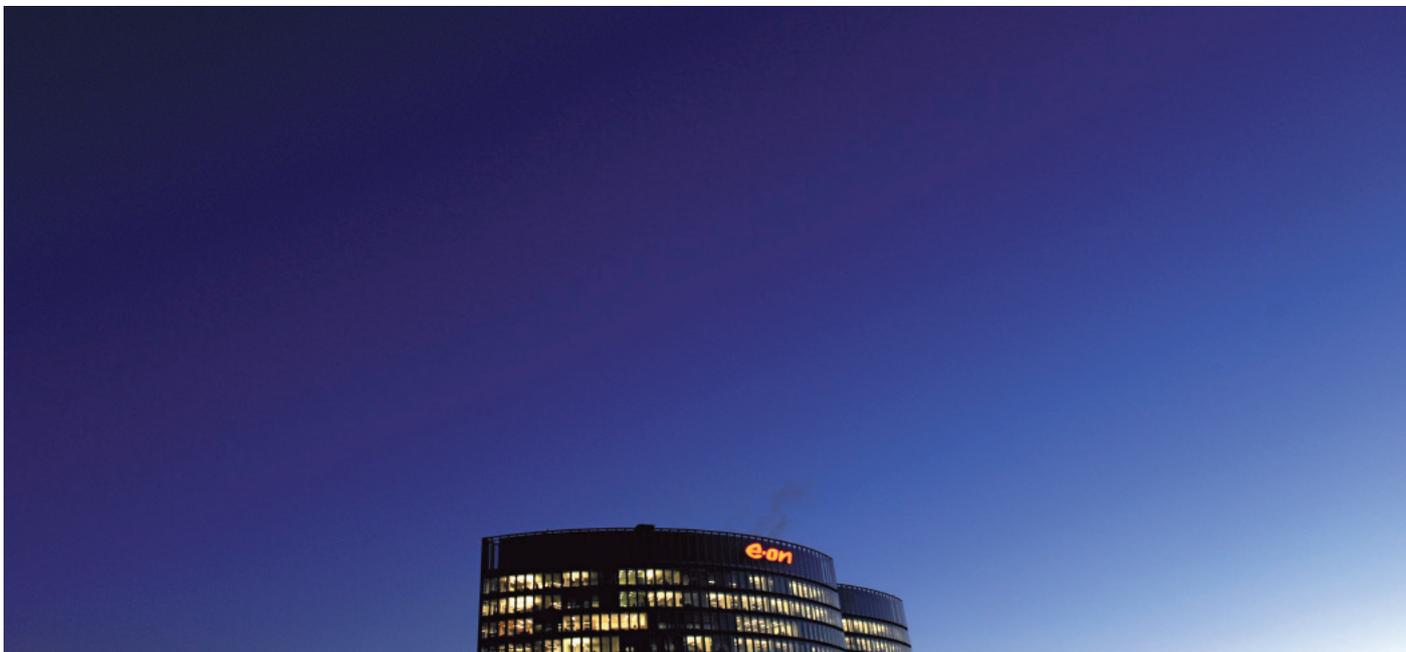


Foto: Julian Stratenschulte/dpa/hnw

Beinahe könnte man Mitleid bekommen: Als die Bundesregierung vor gut fünf Jahren nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima den Atomausstieg verkündete, wurden die großen Energiekonzerne in Deutschland – E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW – kalt erwischt. Schließlich hatte in den Monaten zuvor alles auf eine Laufzeitverlängerung hingedeutet. Gegen die mit dem Ausstieg verbundenen Einnahmeverluste – die Konzerne sprechen von „Enteignung“ – fordern sie bis heute erfolglos Schadenersatz vor verschiedenen deutschen Gerichten. Aktuell läuft eine Grundsatzklage beim Bundesverfassungsgericht, mit einem Urteil wird noch in diesem Sommer gerechnet.

Das Gezeter der Energiekonzerne gegen fehlende „Gerechtigkeit und Fairness“ kann man angesichts der Milliarden Gewinne, die einst mit der riskanten und hoch subventionierten Atomenergie gemacht wurden, getrost ignorieren. Doch auch ein anderes Standbein droht in den nächsten Jahren wegzubrechen: Schon lange ist die deutsche Kohle viel teurer als importierte Kohle aus Russland, den USA oder Südafrika. Im Frühjahr 2016 lag der Weltmarktpreis bei unter 60 Euro pro Tonne, die Förderkosten in Deutschland waren mehr als doppelt so hoch.

Und spätestens seit dem Klimagipfel von Paris ist klar, dass Deutschland seine Klimaschutzziele nur durch einen zügigen Ausstieg

aus der Kohleverstromung erreichen kann (mehr dazu auf den Seiten 1, 3 und 4). Darüber herrscht in Politik und Wissenschaft grundsätzlich Konsens – aber eben nur grundsätzlich. Während Bundesumweltministerin Barbara Hendricks für einen raschen Ausstieg plädiert, bremst ihr Parteifreund, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, allzu schnelle Ausstiegserwartungen.

Die Umweltminister der Länder haben zwar auf ihrer Konferenz im Juni 2016 vom Bund einen „geordneten Weg zum Ausstieg aus der Kohlenutzung“ gefordert, sind sich aber untereinander nicht einig. Vor allem die Regierungen der „Kohleländer“ NRW und Brandenburg sträuben sich, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, gegen ein allzu rasches Ende des alten und schmutzigen Energieträgers.

So könnte es vorerst bei dem Paradox bleiben, dass der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland zwar beständig wächst, die Braunkohle jedoch ihren Anteil von 24 Prozent hält. Gleichzeitig stagniert der Netzausbau, was die Klimaschutzanstrengungen Deutschlands zusätzlich erschwert: „Unsere Netze sind verstopft von Strom aus alten Braunkohlekraftwerken“, so Baden-Württembergs Energieminister Franz Untersteller in der „Süddeutschen Zeitung“.

Das alles sind keine klaren Signale für die Energiekonzerne, die sich inzwischen gezwun-

genermaßen um einen Wandel bemühen – jeder auf seine Art. So bündelt E.ON seine Kohle- und Gaskraftwerke in der neuen Gesellschaft „Uniper“ (das Kürzel für „Unique performance“). Ein Börsengang im Herbst soll neue Investoren anlocken, für viele Skeptiker eine nahezu tollkühne Erwartung. E.ON selbst will sich künftig vollkommen auf erneuerbare Energien konzentrieren.

Bei RWE wiederum ist es die neue Tochtergesellschaft RWE International SE, die demnächst mit Erneuerbaren, Stromnetzen und Vertrieb Gewinne erwirtschaften soll. Und Deutschlands drittgrößter Stromversorger EnBW hat alleine 2015 455 Millionen Euro in Systeme zur Erzeugung erneuerbarer Energien investiert und will, so EnBW-Chef Frank Mastiaux auf der Bilanzpressekonferenz im März, „spätestens 2020 mindestens 30 Prozent des Konzernergebnisses mit Erneuerbaren erzielen.“ Wie erfolgreich die jeweilige Strategie sein wird, lässt sich heute noch nicht beurteilen. Die goldenen Jahre allerdings dürften erst einmal vorbei sein.

Bernd Pieper